

2 Anforderungen und Kritikbegriff

Eine Theorie, die sich kritisch und global nennen will, kommt heute nicht mehr an der *Global IR*-Debatte vorbei, die besondere Anforderungen an Ansätze der Weltpolitikforschung stellt. Gründe dafür liegen in der Auseinandersetzung mit den theoretischen und empirischen Prämissen des Fachs Internationale Beziehungen, insbesondere mit der fehlenden Wahrnehmung von Wissensbeständen des Globalen Südens. Immer wieder sieht sich die IB dabei mit dem Vorwurf des Eurozentrismus und der einseitigen Theoriefundierung konfrontiert (vgl. für viele Sabaratnam 2011; Gruffydd Jones 2010; Nayak/Selbin 2013). »Why always refer only to Kant?«, fragt Siddarth Mallavarapu in einem Interview mit Lätt et al. (2010: 9) provokativ und exemplarisch, um richtigerweise darauf hinzuweisen, dass die Wissensbestände des Globalen Südens nicht ausreichend in die Theoriearbeit miteinbezogen werden. Im Fach Internationale Beziehungen ist nach Stuenkel (2016b: 41) das Modell des »Western diffusionism« dominant verankert: Geschichte als ein vom Westen geführter Prozess ist die vorherrschende Sichtweise. Die »Erzählung« der IB beginnt fast ausschließlich mit der Nachkriegsordnung des Zweiten Weltkriegs – nicht-westliche Geschichtsbezüge fanden und finden kaum Beachtung (Stuenkel 2016b: 41). Am Beispiel der theoretischen Beschäftigung mit dem Regionalismus und der regionalen Integration zeigt Söderbaum (2013: 2), dass »Eurocentric generalizations continue to influence and shape the research field«. Europa und die Europäische Union werden zum Ausgangspunkt und Vergleichsmaßstab für anderen regionale Entitäten erhoben, ohne die historischen und sozialen Bedingungen der Analysegegenstände ausreichend zu würdigen (vgl. Söderbaum 2013: 2ff.). Auch für die Normenforschung, um einen weiteren Forschungsbereich der IB exemplarisch anzuführen, war und ist immer noch ein »Western bias« zu erkennen, wenn die Forschung sich überwiegend der Diffusion von »westlich« geprägten Normen widmet (Steinhilper 2015: 537). Auch wenn sich die Normenforschung, beispielsweise mit kritisch-konstruktivistischen und poststrukturalistisch geprägten Ansätzen, deutlich gewandelt hat und sensibilisiert wurde (vgl. Epstein 2012; Engelkamp et al. 2012; Hofius et al. 2014b), bleibt immer noch ein großer Teil der Forschung in alten Paradigmen verfangen. Grovogui (2006: 5) fasst dieses Dilemma für das gesamte Fach der Internationalen Beziehungen zusammen: »The result is that no disciplinary thought is possible without the filters of the Western gaze and its historical, anthropological, and aesthetic apparatuses.« Ferner weisen postkoloniale

Theoretiker*innen darauf hin, dass europäische oder »westliche« Kategorien, wie Staat, nationales Interesse oder auch Souveränität und andere, genutzt wurden, um die eine – europäische – Geschichte zu verstehen. Kritisch ist hierbei, dass es in der IB (und anderen Disziplinen) zu einer Universalisierung und Essentialisierung dieser Begriffe kam und diese teilweise eins zu eins auf andere Regionen angewendet wurden (Seth 2013: 2). Die nicht-westlichen Regionen wurden dabei vor allem als Fallbeispiele für das Testen von Theorien genutzt, Ideen und Ansätze aus diesen Regionen wurden jedoch kaum rezipiert (Acharya 2014: 648; vgl. Nkiwane 2001: 279ff.). Universal gesetzte Theorien marginalisieren demnach die Agency der Akteure des Globalen Südens:

»That the study of International Relations – its main theories, its dominant centres of teaching and research, its leading publications – neglects or marginalises the world beyond the West is no longer a novel argument that requires proof or elaboration.« (Acharya 2011: 620)

Wenngleich nach Acharya eigentlich kein Beweis mehr nötig ist, bestätigen die Daten der *Teaching, Research, and International Policy* (TRIP)-Umfrage unter Wissenschaftler*innen der IB in 32 Ländern dieses Argument beispielhaft: So ist niemand aus dem Globalen Süden unter den zehn einflussreichsten Wissenschaftler*innen des Fachgebiets der IB (Risse/Wemheuer-Vogelaar 2016: 160). Die IB sind nach Risse/Wemheuer-Vogelaar (2016: 160) somit weiterhin eine »amerikanische Sozialwissenschaft« (vgl. auch Seth 2013: 2).

Mit der theoretischen geht auch eine empirische Marginalisierung mit weitreichenden Folgen einher, die hier nur tentativ beleuchtet werden kann. So werden westliche Maßstäbe an Akteure des Globalen Südens angesetzt, ohne die spezifischen und vor allem die historisch gewachsenen Bedingungen in die Forschung miteinzubeziehen. So haben beispielsweise Autesserre (2012) und Koddenbrock (2012, 2016) gezeigt, wie Akteure (in diesem Fall die DR Kongo) als passiv konstruiert werden, da sie nicht dem Weberschen Ideal eines Staates entsprechen. Ein dem europäischen Wissensbestand zugehöriges Ideal wird hier universalisiert und auf die Entitäten des Globalen Südens angewendet, ohne jedoch die Historizität und soziale Kontingenz ebendieser Akteure einzubeziehen. Sie arbeiten eindrücklich heraus, wie solche Konstruktionen, verbreitet von Think-Tanks und der Wissenschaft, realpolitische Folgen für die Legitimierung von Staatsbildung- und Interventionsmaßnahmen hatten und zur Pathologisierung des Landes führten. Darüber hinaus geben Brown/Harman (2013a: 1) in diesem Zusammenhang mit Bezug auf den afrikanischen Kontinent zu bedenken: »The study of Africa's international relations has for a long time been dominated by a concern to explain how the continent has been governed, shaped and marginalised by external actors.« Auch für den latein-amerikanischen und asiatischen Raum kann dies analog festgehalten werden (vgl. Taylor 2012). Die Forschung suggeriert also, dass die Staaten des Globalen Südens als Spielwiese für die westlichen Akteure dienen. Natürlich sind die kritischen Untersuchungen von externen Akteuren sehr wichtig und auch nötig. Problematisch wird es jedoch, wenn diese Art der Studien in einem Ausmaß überwiegten, dass die Agency von Staaten des Globalen Südens, wie beispielsweise der Widerstand gegen globale Strukturen, nicht ausreichend miteinbezogen wird und nahezu unbeachtet bleibt.

Aufgrund dieser problematischen Ausgangslage innerhalb der Weltpolitikforschung sollen im weiteren Verlauf Anforderungen an die Theoriebildung formuliert werden, mit Hilfe derer die oben skizzierten theoretischen Probleme minimiert werden können. Die Basis dafür bildet die *Global IR*-Programmatik. Danach soll zunächst mit dem momentan sehr breit diskutierten Poststrukturalismus eine theoretische Alternative dargelegt werden, um dann einen Kritikbegriff zu entwickeln, auf dessen Grundlage die weitere Theoriemodellierung aufgebaut werden soll.

2.1 Global IR als Ausgangspunkt

Mit der Bezeichnung *Global IR* hat Amitav Acharya in seiner *Presidential Address* der *Annual Convention der International Studies Association* (ISA) im Jahr 2014 eine paradigmatische Wende der IB gefordert. Kern des Appells ist das Streben nach »[...] greater inclusiveness and diversity in our discipline« (Acharya 2014: 649). *Global IR* knüpft dabei an die theoretische Vorarbeit des Postkolonialismus (vgl. Sabaratnam 2011), postkolonialen Feminismus, Poststrukturalismus und anderer kritischer Theorien an. Acharya (2014) nennt sie daher Vorreiter-Theorien, die schon große Anstrengungen unternommen haben, um die IB des Westzentrismus zu entledigen. Trotzdem favorisiert *Global IR* nicht eine bestimmte Theoriekonzeption und versteht sich selbst auch nicht als Theorie, sondern als Programmatik, die versucht, theoretischen und methodologischen Pluralismus zu befördern und Leitlinien für die theoretische wie auch empirische Forschung in den IB bereitzustellen. Damit soll eine westzentrische und auch eurozentrische Forschung vermieden und somit »the marginalization of the non-Western and Global South's ideas, history, voices, and agency« (Acharya 2016a) beendet werden. *Global IR* möchte damit die Sehnsucht nach einer tatsächlich global verorteten IB verwirklichen (Buzan/Lawson 2016: 514). Besonders im Hinblick auf das hier verfolgte Anliegen, das Streben nach Anerkennung von Akteuren des Globalen Südens sichtbar zu machen, ist dies von besonderer Relevanz. Um der ambitionierten Zielsetzung gerecht zu werden, ist *Global IR* in sechs Dimensionen gegliedert, die eine Richtschnur für die Forschung von globalen Phänomenen darstellen:

- »1. It is founded upon a pluralistic universalism: not »applying to all,« but recognizing and respecting the diversity in us. 2. It is grounded in world history, not just Greco-Roman, European, or US history. 3. It subsumes, rather than supplants, existing IR theories and methods. 4. It integrates the study of regions, regionalisms, and area studies. 5. It eschews exceptionalism. 6. It recognizes multiple forms of agency beyond material power, including resistance, normative action, and local constructions of global order.« (Acharya 2014: 649)

Eine zeitgemäße und kritische Übertragung der Anerkennungstheorie in die Weltpolitikforschung muss sich mit diesen richtigerweise gestellten Forderungen konfrontieren, da es sich um einen umfassenden Versuch handelt, die Forschungspraxis der IB für die Prävalenz west- und eurozentrischer Überzeugungen, Kategorien und Wertvorstellungen zu sensibilisieren und davon freizumachen. Um dem neuen Paradigma gerecht

werden zu können, sollte sich der in Kapitel 4 zu entwickelnde Ansatz mit diesen Dimensionen auseinandersetzen und versuchen, die darin enthaltenen Forderungen in das eigene Theoriegebäude zu inkorporieren. Besonders interessant für das hier verfolgte Anliegen einer kritischen Perspektive sind die Dimensionen 1, 3 und 6. Eine globale Anerkennungstheorie muss demnach einem pluralistischen Universalismus folgen, wie es Acharya (2014: 649) nennt. Sie muss die Diversität befördern und darf dabei nicht aufklärerisch wirken. Aufklärerisch im Sinne Acharyas meint hier die meist implizite Verhaltensweise, euro- bzw. westzentrische Kategorien auf den empirischen Gegenstand anzuwenden oder gar »überzustülpen«. Wissenschaftliche Aufklärung im Sinne eines Beitrags zum Aufbau einer vernunftorientierten Gemeinschaft ist damit nicht impliziert.

Überdies muss die neue zu entwickelnde Theorie sich theoretisch wie empirisch allen Akteursebenen und -formen in der Forschungsarbeit öffnen, somit auch das Lokale einbeziehen und Widerstand theoretisch und empirisch sichtbar machen. Gleichzeitig muss die Theorie offen und anschlussfähig für andere Theorien und Konzepte sein.

2.2 Der Poststrukturalismus als Alternative?

Zwar ohne expliziten Bezug auf Global IR und die Arbeiten von Acharya wurde von Engelkamp et al. (2012) ein Programm für eine kritische Normenforschung entworfen und zur Diskussion gestellt, welches die Ansprüche an eine Theorie im Sinne der *Global IR* erfüllt.

Dieses Programm soll hier exemplarisch für eine poststrukturalistische Alternative diskutiert werden. Denn auch wenn die IB mittlerweile die großen paradigmatischen Grabenkämpfe der Vergangenheit hinter sich gelassen hat und in einen gegenwärtigen »theoretical peace« (Dunne et al. 2013: 406) eingetreten ist, wird den poststrukturalistischen Ansätzen eine »drohende Verführung der Disziplin« (Herschinger 2017: 130) nachgesagt. Gleichwohl dieser Befund jeglicher Grundlage entbehrt und der Import der poststrukturalistischen Ideen die IB-Theorie sehr befruchtet hat, kann man mittlerweile, besonders im »kritischen Lager« der IB, von einer Omnipräsenz von implizit und explizit poststrukturalistisch fundierten Arbeiten sprechen, in denen bestehende Theorien durch poststrukturalistische Einsichten erweitert (Schieder 2018: 44) oder gar fundamental infrage gestellt werden. Die Allgegenwärtigkeit solcher poststrukturalistisch inspirierten Studien, meist in Form von Diskursanalysen, beschwört geradezu die Frage heraus, ob eine globale Anerkennungstheorie nicht besser auf poststrukturalistischen Prämissen aufgebaut werden sollte. Schließlich sei der poststrukturalistische Weg für die IB besonders aussichtsreich, da »scheinbar gegebene Wahrheiten, Werte und Wirklichkeiten denaturalisiert und infrage gestellt werden können, indem sie als historisch kontingente Konstruktionen verstanden und ihr Konstruktionsprozess genealogisch nachvollzogen werden kann« (Herschinger/Renner 2017: 329). Insbesondere in Zeiten einer vermeintlichen »Weltunordnung« durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, den sogenannten »Trumpismus«, den Brexit, den Konflikt in Syrien oder den Atomstreit mit dem Iran, um nur einige Stichworte der Einleitung (siehe 1) zu nennen, kann »der« Poststrukturalismus »analytic tools with which to shed new light

on ‚post-truth politics‘ (Renner/Spencer 2018: 316) bereitstellen – mithin eine kritische Perspektive auf die internationalen Beziehungen eröffnen.

Eine solche kritische Perspektive schlagen Engelkamp et al. (2012) mit ihrem Forschungsprogramm vor. Ihre beherzte Kritik an dem Status Quo der Normenforschung hat eine vitale Diskussion innerhalb der deutschen IB und darüber hinaus angestoßen (vgl. Ulbert 2012; Deitelhoff/Zimmermann 2013). Mit ihren Einlassungen berühren sie den Kern der Forderungen von Global IR, da ihre Programmatik auf drei Zielsetzungen beruht, die aus ihrer Sicht der Normenforschung ein kritisches Potenzial ermöglicht:

»[E]rstens [die] Hinterfragung global hegemonialer Wertbestände, zweitens [die] Rekonstruktion alternativer Wissensbestände und drittens [die] explizite[.] Reflektion der eigenen Forschungsperspektive« (Engelkamp et al. 2012: 101)

Eine vom Poststrukturalismus geprägte Normenforschung tritt also unter anderem mit dem Ziel an, nicht-westliche Werte und Normen aus der Marginalisierung zu heben (Engelkamp et al. 2012: 107) sowie Normen und damit die Normenforschung insgesamt zu dekolonialisieren (Epstein 2017: iff.). Kritisiert wird die implizite Normativität der Normenforschung, die per se nicht verwerflich ist, jedoch von einigen Wissenschaftler*innen nicht reflektiert wird. Durch den theoretischen Zuschnitt der Normenforschung wird somit »eine bestimmte Lesart von Realität und legitimer Ordnung denkbar und sagbar« – die Konsequenzen könnten drastischer nicht sein:

»Die Auswahl oftmals liberaler, westlicher und affirmativer Normen bestimmt in diesen Fällen nicht nur die Forschungspraxis, sondern sie trägt gleichzeitig zu politischen Diskursen und Agenden bei, die teilweise unintendede und ›destructive policy consequences‹ mit sich bringen, wie im Fall der amerikanischen Invasion im Irak, die durch Ideen der demokratischen Friedensforschung legitimiert wurde.« (Engelkamp et al. 2012: 107)

Wie bereits in der Kapitaleinleitung (siehe 2) für die IB im Gesamten identifiziert, kann demnach der *western bias* in der Auswahl der Forschungsgegenstände, hier bei der Untersuchung von globalen Normen, auch für die Normenforschung festgestellt werden. Durch diese »affirmative Haltung der konstruktivistischen Normenforschung gegenüber einem hegemonialen Wertgefüge« kommt es darüber hinaus zur Ausblendung der lokalen Ebene. Europäische oder westliche Normen werden als universell dargestellt – den lokalen Normen wird implizit die Legitimation entzogen, sie werden als solche nicht berücksichtigt.

Um diese unbefriedigende Situation aufzulösen, schlagen sie vor, die vornehmlich konstruktivistische Normenforschung mittels poststrukturalistischer Einsichten zu radikalisieren. Der Poststrukturalismus kann als radikale Form des Konstruktivismus gesehen werden (siehe genauer 3.1.3), weil die poststrukturalistische Diskurstheorie annimmt, dass die soziale Realität durch soziale Diskurse konstruiert ist und es epistemologisch »keine gegebene und stabile Wahrheit über die Welt geben kann« (Engelkamp et al. 2012: 111). Die theoretische Folgerung daraus ist, dass eine Wissenschaft im Allgemeinen oder die Normenforschung im Speziellen nicht neutral sein kann (Engelkamp

et al. 2012: 111). In diesem Bewusstsein regen Engelkamp et al. (2012: 112) ein »kritisches Gegenprogramm« an, welches dezidiert die politische Praxis in den Blick nimmt. Konkret bedeutet dies: Immerwährend soll die eigene Perspektive als Wissenschaftler*in hinterfragt und reflektiert werden; alternative Konstruktionen von Normen und politischer Praxis auf lokaler Ebene sollen offengelegt werden; Konflikte und Exklusionen mit und von globalen Normen sollen untersucht werden (Engelkamp et al. 2012: 112). Wie von Acharya gefordert, nimmt die poststrukturalistische Normenforschung nach Engelkamp et al. (2012) somit das Lokale dezidiert in den Blick und versucht feministische, postkoloniale und ethnographische Forschungsstrategien zu integrieren, die explizit eine eurozentrische Forschung eindämmen sollen. Auf diese Weise wird der Poststrukturalismus im Allgemeinen befähigt, so die Autor*innen, Widerstand zu untersuchen – wie von der Global IR-Programmatik gefordert. Konflikte sind hier ontologisch zentral verankert und damit werden (lokale) Widerstandspraxen theoretisch sichtbar, wie Herschinger (2015a: 6) im Rückgriff auf Chantal Mouffe konstatiert. Durch eine poststrukturalistische Diskurstheorie ist es somit möglich, die Bildung von hegemonialen Diskursen nachzuvollziehen, um so die Konflikte, Kontestationen und wirkenden Exklusionsmechanismen bei der Normgenese darzulegen (Engelkamp et al. 2012: 112). Erklärte Absicht ist es zusammenfassend, die Sozialwissenschaften insgesamt und die Normenforschung im Speziellen zu re-politisieren (Engelkamp et al. 2012: 122).

Von einer kritischen Perspektive aus betrachtet, ist es besonders interessant, dass das poststrukturalistisch inspirierte Forschungsprogramm versucht, global wirkende Macht- und Herrschaftsverhältnisse offenzulegen. Denn wie auch Epstein (2017: 3f.) etwas pauschal, aber mit wahrer Kern festhält, hat der Konstruktivismus die Machtbeziehungen und die damit einhergehenden Exklusionsmechanismen vernachlässigt. Das poststrukturalistisch inspirierte Forschungsprogramm kann ebendiese Macht- und Herrschaftsmechanismen auf Grundlage der Rekonstruktion lokaler Wissensbestände in den Fokus nehmen und hegemoniale Normen dekonstruieren. Daraus ergibt sich die Anforderung an eine globale Anerkennungstheorie, diesem Beispiel zu folgen und ebenso gut die Herrschaftsverhältnisse und Exklusionsmechanismen offenlegen zu können. Aber wie Deitelhoff/Zimmermann (2013: 65f.) berechtigterweise kritisieren, wird das Konzept des Lokalen unhinterfragt eingeführt. In ähnlicher Weise sehen Hofius et al. (2014b: 88) das Lokale unkritisch *a priori* gesetzt. Die lokale Ebene erscheint theoretisch so als die prioritär zu betrachtende Ebene. Nur weil ein Akteur auf der lokalen Ebene etwas artikuliert, ist dies jedoch nicht automatisch normativ gesehen relevanter oder gar mit mehr kritischem Potenzial ausgestattet als auf der regionalen, nationalen oder globalen Ebene. Natürlich muss man die stark vernachlässigte lokale Ebene »zum Sprechen bringen«, aber ohne die anderen Ebenen stattdessen zu marginalisieren. Die Anforderung an eine Anerkennungstheorie kann also in dem Sinne erweitert werden, dass sie das Lokale in die Analyse der Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufnehmen, aber die politische Umstrittenheit und die normative Bewertung des Lokalen differenziert betrachten soll.

Wie diese kurorische Zusammenfassung zunächst zeigt, erfüllt das poststrukturalistische Forschungsprogramm die Dimensionen des Global IR-Paradigmas. Auch die wichtigste Dimension von Global IR, die geforderte pluralistische und universalistische

Forschung, kann eine solche Normenforschung und eine auf diesen Prämissen aufgebaute Anerkennungstheorie auf den ersten Blick einhalten.

Das vielfach angeprangerte normative Defizit (Fagan 2013; Brown 1992) kommt poststrukturalistischen Ansätzen hier positiv zugute, denn universelle Prinzipien, die nach dem Verständnis »applying to all« (Acharya 2014: 649) wirken und damit alternative Ideen marginalisieren, sind einer Global IR nicht zuträglich und dem hier diskutierten Forschungsprogramm nicht inhärent. Poststrukturalistische Forscher*innen lehnen universelle normative Prinzipien ab (Herschinger 2015a: 6) und versuchen durch Dekonstruktion die Diversität in all ihren Akteursformen offenzulegen – ohne eine normative Wertung vorzunehmen. Jedoch spricht Acharya von einem pluralistischen Universalismus als Nukleus von Global IR. Er lehnt zu Recht den sogenannten monistischen Universalismus, also einen aufklärenden Universalismus, der nur europäische Maßstäbe hochhält, ab. Im Rückgriff auf Ann Tickner fordert er, nicht nach der universellen Wahrheit zu suchen, sondern vergessene Räume und Erzählungen der IB freizulegen (Acharya 2014: 650). Bei diesem Unterfangen besteht aber die große Herausforderung darin, nicht in eine Spirale von epistemologischem Relativismus zu verfallen (Inoue/Tickner 2016; auch Jabri 2017: 47). Daher kann die Forderung nach einem pluralistischen Universalismus nicht bedeuten, normative Kriterien für die Forschung generell abzulehnen.

Zwar wehren sich Poststrukturalist*innen gegen den oben genannten Vorwurf eines »normativen Defizits« ihrer Ansätze, trotzdem wird das kritische Potenzial nicht voll ausgeschöpft. Nach Herschinger (2015a: 6) lehnen poststrukturalistische Ansätze Normativität nicht gänzlich ab. Normative Überlegungen zu formulieren sei möglich. Normativität ist dabei die »kritische Aufforderung zur Selbstbefragung« (Flügel-Martinsen zitiert nach Herschinger 2015a: 7). In ähnlicher Weise argumentiert Epstein (2016), die von einem »epistemological duty of Critique« spricht. Die epistemologischen Wissenskategorien, welche die sozialen Praktiken konstituieren, also auch die Forscher*innen in ihren Analysen beeinflussen, sollen hinterfragt und kritisiert werden.

Aber ist damit das normative Potenzial wirklich schon ausgeschöpft? Was sind die Maßstäbe für eine solche Kritik? Und wird der Anspruch, die »taken-for-granted social constructs« (Epstein 2016) zu denaturalisieren, implizit auch zum normativen Prinzip erhoben? Diese Fragen bleiben bei poststrukturalistischen Ansätzen bewusst unbeantwortet. Die poststrukturalistische Vorgehensweise, so kritisiert Honneth (2007: 63), ist »[...] gewissermaßen ein parasitäres Kritikverfahren, weil sie von der Voraussetzung einer normativen Begründung lebt, die sie selber nicht zu geben versucht oder zu leisten vermag.« Eine genealogische Kritik und poststrukturalistische Diskursanalyse ist zwar sehr wirkmächtig, aber geht eigentlich implizit von »normativen Intuitionen, nämlich von Freiheit und Gleichheit« (Iser 2011b: 73) aus. Wie Deitelhoff/Zimmermann (2013: 62) in diesem Zusammenhang richtigerweise feststellen, ist überzeugende Kritik immer nur dann nachvollziehbar und wirksam, wenn die normativen Kriterien offengelegt werden und somit hinterfragbar sind – dies ist im Poststrukturalismus nicht der Fall. Hier kann eine globale Anerkennungstheorie, wie zu zeigen sein wird, anknüpfen und einen Schritt weiter gehen auf dem Weg hin zu einer kritischeren Betrachtung der globalen Ordnungsstruktur.

2.3 Theorieanforderungen und grundsätzliche Situierung

Welche theoretischen Konsequenzen ergeben sich aus der Global IR-Programmatik und der Diskussion der poststrukturalistischen Alternative? Aus beiden Diskussionen können sieben allgemein gehaltene, aber dennoch für die Theorie folgenreiche Anforderungen und Zielsetzungen festgehalten werden:

1. Primäres Ziel einer globalen Anerkennungstheorie soll die Offenlegung der Herrschaftsverhältnisse und -strukturen der Weltpolitik sein.
2. Das Modell soll den akteurseitigen Widerstand gegen die Strukturen inkludieren. Widerständige Handlungen gegen die Weltordnung sollen dabei theoretisch sichtbar gemacht werden und der Analyse überführt werden.
3. Eine globale Anerkennungstheorie muss sich ihres normativen Standpunkts bewusst sein. Der empirische Offenlegungsprozess soll mittels eines Maßstabs kritisch reflektiert werden. Dabei soll das Modell ein transparentes Kritikverfahren nutzen, welches sich auch selbst der Kritik unterwirft.
4. Eine explizit oder implizit euro- und/oder westzentrische Kritik ist dabei zu vermeiden. Das Modell soll in einem pluralistischen Universalismus begründet sein.
5. Die Wissensbestände des Globalen Südens sind in das Modell zu integrieren. Das Modell ist in der Globalgeschichte verankert und nicht auf eine spezifische Region fokussiert. Dies setzt eine tiefgehende empirische Rekonstruktion voraus und bezieht die *Area Studies* explizit mit ein.
6. Alle Akteursformen und -ebenen der Weltpolitik sollen einbezogen werden. Das schließt die lokale Ebene mit ein. Eine ausschließliche Fokussierung auf ebendiese wird damit aber nicht impliziert.
7. Das Modell erhebt nicht den Anspruch auf alleinige Gültigkeit. Es ist anschlussfähig an bestehende Theorien und ist offen für weitere theoretische Arbeit.

Diese sieben Anforderungen geben die Leitplanken vor, in denen sich die folgende Theoriemodellierung bewegt. Theorien der Internationalen Beziehungen haben nach Spindler/Schieder (2010: 20) drei Dimensionen: die ontologische, die epistemologische und die normative. Jene drei Dimensionen sind somit auch von den sieben Anforderungen betroffen und müssen, um die Zielsetzungen adäquat im Modell abzubilden, angepasst und justiert werden.

Um die oben skizzierten konkreten Anforderungen des Global IR-Paradigmas an das globale Statusmodell zu erfüllen, müssen für die weitere Modellierung theoretische Vorentscheidungen abduktiv in steter Auseinandersetzung mit dem empirischen Gegenstand getroffen werden, die einerseits dazu dienen, im weiteren Verlauf dieser Arbeit die bestehende Forschungsliteratur auszuwerten und andererseits als Leitlinie für die eigene Theoriemodellierung fungieren. Denn auch hier gilt natürlich das in der IB bekannte Diktum »[e]s wird empirisch nichts so heiß gegessen, wie es (handlungs-)theoretisch gekocht wurde« (Risse 2003: 100). Dieses Zitat wird jedoch oft missverstanden: Risse (2003: 100) möchte damit richtigerweise darauf hinweisen, dass »[s]ozialwissenschaftliche Forschung [...] kein Selbstzweck [ist], sondern [...] zur Reflexion, Kritik und Veränderung« beitragen soll – also zur substantiellen empirischen Forschung anleitet

und diese begünstigt. Ein nicht theorieambitionierter oder gar theorieloser Aufbau von empirischen Studien ist damit nicht gemeint, ebenso wenig wird damit eine metatheoretisch kohärente Vorgehensweise als irrelevant erachtet.

Aus diesen Gründen wird das Modell zunächst grundsätzlich verortet, um dann die einzelnen Dimensionen genauer zu bestimmen.

2.3.1 Theoretische Verortung des Modells

Mit den oben aufgeführten Anforderungen wird das primäre Ziel der zu modellierenden Anerkennungstheorie ausgegeben: Die widerständigen Akteure (des Globalen Südens) analysieren, in der Konsequenz die globalen Herrschaftszusammenhänge offenlegen und sie der Kritik überführen. Eine theoretische Perspektive, die einen solchen Anspruch erfüllen kann, so diese These dieser Arbeit, ist die der neueren Kritischen Theorie der Frankfurter Schule. Insbesondere die Arbeiten von Axel Honneth, Rainer Forst und Matthias Iser sind daher für die Theoriemodellierung zentral.

In dieser Konsequenz verortet sich das zu erarbeitende Modell dezidiert in dieser sozialphilosophischen Theorieschule. Die Kritische Theorie definiert Forst (2015c: 9) als »[...] Verbindung philosophischer und sozialwissenschaftlicher Reflexion mit emanzipatorischem Interesse [...]« (Forst 2015a: 9). Als Kern macht Honneth (2007: 55) dabei das emanzipatorische Interesse aus, ohne welches das theoretische Projekt in der Nachfolge der Frankfurter Schule nicht weiter existieren könnte. Kritische Theorie setzt eine sozialwissenschaftliche »Bestimmung der sozialen Triebkräfte voraus, die im historischen Prozeß von sich aus zu Kritik und Überwindung der etablierten Formen von Herrschaft drängen [...]« (Honneth 1994a: 79f.) – an diesem Punkt möchte die vorliegende Studie ansetzen: Die widerständigen Akteure des Globalen Südens sollen theoretisch und empirisch mithilfe eines Modells gefasst werden; im historischen Zeitverlauf waren es hauptsächlich die Akteure des Globalen Südens, die (teils massiven) Widerstand gegen die Strukturen der Weltpolitik geleistet haben. Auch andere Ansätze könnten dieses Unterfangen theoretisch wie auch empirisch ermöglichen; aber die Kritische Theorie hebt sich von diesen in einem entscheidenden Punkt ab: »[E]inzig und allein [...] durch den nicht aufgegebenen Versuch, den Maßstäben der Kritik einen objektiven Halt in der vorwissenschaftlichen Praxis zu geben« (Honneth 1994a: 81). Mithilfe der Kritischen Theorie ist es also möglich, fundierte Kritik zu üben und die Maßstäbe für ebenjene transparent darzulegen.

Ein solches, von der neueren Kritischen Theorie inspiriertes, Modell für die internationalen Beziehungen zu entwickeln, ist mit einer Übersetzungsarbeit verbunden. Die Kritische Theorie ist trotz aller »internen« theoretischen Unterschiede per se als sozialphilosophische Gesellschaftstheorie zu verstehen. Die Sozialphilosophie fragt »[a]ls eine Unterdisziplin der praktischen Philosophie [...] danach, wie Menschen leben und handeln sollen« (Jaeggi/Celikates 2017: 11). Als solche zielt die Kritische Theorie auf die Untersuchung von sozialen Pathologien (Honneth 1994b) und normativen Paradoxien (Honneth/Sutterlüty 2011) der Gesellschaft und ist als Sozialphilosophie auf normativ bewertende Weise zur »empirische[n] Beschreibung und [...] begrifflichen Durchdringung der sozialen Welt mit ihren spezifischen Problemlagen« (Jaeggi/Celikates 2017: 12) fähig. Trotz des eigentlich direkten Bezugs zur Empirie wurde die Kritische Theorie

immer wieder und sehr früh »als eine ‚empirieentlastete‘ Sozialphilosophie wahrgenommen« (Bonß 1983: 57). Auch später, bezogen auf die Kritische Theorie von Honneth, konstatiert Herzog (2016: 279) noch immer ein »methodological deficit«. Denn unklar bleibt bei den sozialphilosophischen Schriften, wie genau man methodologisch und methodisch angeleitet die Paradoxien der Gesellschaft, und im Falle der hier verfolgten Studie, der Weltgesellschaft, empirisch rekonstruieren kann. Aus diesem Grund soll das neben der grundsätzlichen Situierung in die Kritische Theorie, die aufgrund der oben genannten Anforderungen geboten ist, das politikwissenschaftliche und soziologische Instrumentarium der Internationalen Beziehungen Anwendung finden – dies ist die Übersetzungsarbeit, die im Laufe der theoretischen Auseinandersetzung geleistet werden muss.

2.3.2 Epistemologie

Mit der grundsätzlichen Verortung des Modells in die neuere Kritische Theorie lassen sich auf der epistemologischen Ebene Vorentscheidungen treffen. Die epistemologische Dimension definieren Spindler/Schieder (2010: 22) wie folgt:

»Der epistemologische Standpunkt bezieht sich auf die Modi der Erkenntnisgewinnung und das dahinter liegende Wissenschaftsverständnis. Hierbei geht es also nicht darum, wie die Welt und der Gegenstandsbereich beschaffen sind (Ontologie), sondern um eine Begründung dafür, was als Gegenstand und Erkenntnis überhaupt in Betracht kommt und wie wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden können.«

Um die ontologische Dimension des Modells überhaupt in den Blick zu nehmen, ist es nötig, sich der grundlegenden epistemologischen Verortung zu vergewissern. Da die oben aufgestellten Anforderungen bereits einen besonderen kritischen Standpunkt vorgeben, ist die Frage nach den »Modi der Erkenntnisgewinnung« elementar. Nur wenn man sich des Wissenschaftsverständnisses bewusst ist, kann man das kritische Potenzial einer Theorie ausloten. Wie man überhaupt zu Erkenntnissen kommt und wie diese begründet werden, ist die vorrangige Frage, um eine kritische Perspektive mit dem Modell einnehmen zu können. Denn wenn man sich etwa einer erklärenden (positivistischen) Epistemologie verschreibt, wäre man konsequenterweise dem szientistischen, naturwissenschaftlichen Ideal verpflichtet und gäbe als Wissenschaftler*in vor, die empirischen Gegenstände werturteilsfrei untersuchen zu können. An eine im theoretischen Modell bereits angelegte kritische Reflexion im Sinne der oben genannten Anforderungen ist mit einer solchen epistemologischen Fundierung nicht zu denken. Dieses holzschnittartige Beispiel zeigt die Tragweite der epistemologischen Fundierung und die Notwendigkeit, sich zu Beginn der Theoriemodellierung damit auseinanderzusetzen.

Die Kritische Theorie an sich steht in der Tradition von Adornos Wissenschaftsverständnis, wonach Theoriearbeit immer das Ziel der Emanzipation der Menschen habe und als solche niemals von normativen Fragen zu trennen sei. Für Habermas ist »[...] eine radikale Erkenntniskritik nur als Gesellschaftstheorie« (Habermas 1981: 9) möglich.

Erklärende¹ Theorien mittlerer Reichweite hingegen reduzieren den politischen und sozialtheoretischen Charakter (Humrich 2006: 85). Im Kern der Kritischen Theorie steht demnach eine »Totalitätsempirie« (Bonß 1983: 58). Die Gesellschaft wird als Totalität verstanden; nur in ihrer Ganzheit kann sie begriffen werden:

»Als empirisch geraten somit genau jene Wirklichkeiten Blick, die vom Positivismus als vor- bzw. außerwissenschaftlich ausgegrenzt werden, nämlich ›moralische Gefühle, Einstellungen, lebensgeschichtliche Einstellungsänderungen im Zuge einer Reflexion.« (Bonß 1983: 59)

Das emanzipatorische Interesse manifestiert sich also in einem emanzipatorisch-kritischen Erkenntnisinteresse, das sich diesen Totalitätserfahrungen stellt, auch wenn sich Habermas selbst mit der Ausarbeitung der Theorie des kommunikativen Handelns und der damit vollzogenen sprachpragmatischen Wende davon immer weiter entfernt hat². Trotzdem sollte sich eine Kritische Theorie der globalen Anerkennung auf ein emanzipatorisch-kritisches Erkenntnisinteresse zurückbesinnen, denn aus der hier vertretenen Sicht lässt sich Handeln nur verstehen, wenn es in soziale Sinnzusammenhänge eingebettet ist (Herborth 2010: 281). Die sozialen Gegebenheiten und den darin enthaltenen Sinngehalt zu rekonstruieren, also die intersubjektiv geteilten Wissensbestände zu hinterfragen und zu interpretieren, muss Ziel einer Kritischen Theorie sein. Eine positivistische Herangehensweise hingegen blendet die »Explikation von Sinnzusammenhängen[n]« (Habermas 1982: 150) für eine bessere Verständigung aus und verliert damit das kritische Potenzial. Generell lassen solch geartete intersubjektive Phänomene »[...] eine klare Unterscheidung von abhängiger und unabhängiger Variable schlichtweg nicht zu« (Franke/Roos 2013: 21). Zudem besteht der kritische Anspruch der Sozialwissenschaften darin, die eigene Position im Erkenntnisprozess reflexiv in die Analyse einzubeziehen (Herborth 2011: 147; Hofius et al. 2014b: 101). In diesem Zusammenhang schreibt Habermas:

»Zwingend ergibt sich dieser Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse jedoch erst aus der Selbstreflexion von Wissenschaften, die den Typus der Kritik erfüllen.« (Habermas 1981: 348)

Bezogen auf eine Kritische Theorie der globalen Anerkennung bedeutet dies: Kritisches Potenzial wird erst dann voll ausgeschöpft, wenn sich dieses dezidiert in einer postpo-

1 Erklären im Sinne eines Positivismus, in dem es darum geht, Kausalbeziehungen herzustellen und vermeintlich werturteilsfrei zu forschen.

2 Auch die Rezeption in der Weltpolitikforschung im Rahmen der zib-Debatte, in der der Versuch unternommen wurde die habermassche Theorie des kommunikativen Handelns in den globalen Kontext zu übertragen, hat zur theoretischen Verkürzung und zum Verlust des kritisch-emanzipatorischen Anspruchs geführt. Die Abwesenheit einer epistemologischen Diskussion wurde sogar unverständlichlicherweise als besonders positive Eigenschaft der deutschen Debatte gefeiert (vgl. Risse-Kappen 1995: 173). Stellvertretend für die zib-Debatte: vgl. Müller 1994; Keck 1995; Risse-Kappen 1995; Schmalz-Brunn 1995; Prittwitz 1996; Zangl/Zürn 1996; Schimmelfennig 1997; eine Zusammenfassung der zib-Debatte bieten Risse (2003: 110ff.) und Schäfer (2007).

sitivistischen Epistemologie verortet und entsprechend methodologisch informiert ist (siehe 4.2.5).

2.3.3 Ontologie

Eine solche radikale Epistemologie zieht auch eine spezifische Ontologie nach sich. Zwar wird die Ontologie der Theorie im Laufe der Theoriemodellierung ausgearbeitet, trotzdem lassen sich grundsätzliche Entscheidungen bereits auf Grundlage der oben genannten Anforderungen sowie der epistemologischen Einordnung treffen, denn die Ontologie macht »Aussagen über die Sichtweise des Betrachters auf den Untersuchungsgegenstand« (Spindler/Schieder 2010: 20f.), also in diesem Zusammenhang Aussagen über die Sichtweise auf Anerkennung, globale Herrschaft, globale Gerechtigkeit und die weiteren Phänomene des Modells. Auf dieser theoretischen Konzeptionalisierung liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit, die in der Auseinandersetzung mit der bestehenden Literatur vollzogen wird.

Grundsätzlich soll die zu modellierende Theorie jedoch ontologisch auf einem *reflexiven Konstruktivismus* aufgebaut sein. Mit der sogenannten konstruktivistischen Wende (Checkel 1998) in den Internationalen Beziehungen wird davon ausgegangen, dass die Phänomene der IB konstruiert sind. Die konstruktivistischen Ansätze der IB unterscheiden sich teils fundamental; ein verbindendes Element aller Theorien ist jedoch die Konstruktionsannahme: die Prämisse, dass »Handlungsorientierungen nicht aus einer allseits identisch wahrgenommenen Realität, sondern aus differierenden und zugleich auch noch sich verändernden bzw. veränderlichen Weltkonstruktionen erwachsen« (Weller 2003: 110). Somit wurde der Fokus auf intersubjektiv vermittelte soziale Phänomene gerichtet: In den Blick geraten Normen, Ideen oder Werte, also die ideellen Strukturen der Weltpolitik. Damit löste der Konstruktivismus eine Theorierevolution in den IB aus; so war die Mainstream-Sicht der IB sogar bis in die 2000er Jahre durch den macht- und sicherheitshungrigen Staat geprägt, den man nur mit einer materialistischen und rationalistischen Ontologie theoretisch wie auch empirisch zu fassen glaubte. Der Konstruktivismus negiert natürlich keine materiellen Faktoren in den IB, gleichwohl kommt es auf die Konstruktion an: Welche Bedeutung wird dem »Gegenstand« zugeschrieben? Das ist die zentrale Frage. Materielle Faktoren sind daher immer intersubjektiv vermittelt (Ulbert 2005: 14). Überdies geht man von der gegenseitigen Ko-Konstruktion von Struktur und Akteur aus (vgl. Kratochwil 2000: 83). Strukturen beschränken und leiten das Handeln der globalen Akteure, aber auch die Akteure wirken auf diese Strukturen ein, welche sie mit ihren Handlungen verändern und gestalten (Ulbert 2005: 17).

Diese Annahmen werden im *reflexiven Konstruktivismus* radikalisiert. Vom »Constructivism's Middle Ground« (Adler 1997: 331) grenzt sich dieser durch die konstitutive Bedeutung von Sprache ab. Während also der Mainstream-Konstruktivismus primär die sozialen Ideen ins theoretische Zentrum rückt, ist hier die Sprache als konstitutives Element im Fokus. Sprachliche Äußerungen und Diskursbeiträge sind nicht nur aus deskriptiven Gründen relevant, sondern sind konstitutiv für das Soziale. So sind etwa globale Normen, Ideen und Handlungen im Allgemeinen diskursiv konstruiert (Wiener 2003a: 264). Bedeutungen von »Gegenständen« im internationalen System sind immer umstritten –

und diese Bedeutungsinhalte werden durch sprachliche Äußerungen der Akteure konstruiert (Weller 2005: 37). Diese grundsätzliche ontologische Setzung soll auch für die weitere theoretische Modellierung übernommen werden. Denn wie zu zeigen sein wird, sind Sprache und das in Diskursen manifestierte Wissen von besonderer Relevanz bei der Übertragung der Kritischen Theorie von Honneth, Forst und Iser auf die IB. Insbesondere Forst und Iser räumen durch ihren Bezug auf Rechtfertigungsnarrative Diskursen einen großen Stellenwert ein (siehe 4.2.2).

Diese grundlegenden ontologischen Festlegungen sind nötig, um im weiteren Verlauf dem oben angesprochenen soziologischen Defizit der genuin sozialphilosophischen Referenzautoren zu begegnen und das Modell auch entsprechend für die empirische Arbeit zu ertüchtigen. Insbesondere in den methodologischen und methodischen Ausführungen zum Modell wird darauf zurückzukommen sein. Denn durch diese prinzipiellen ontologischen Prämissen lässt sich auch der Bogen zur Epistemologie spannen: »In dieser reflexiven Perspektive kann folglich auch das wissenschaftliche Beobachten der Welt nur eine spezifische Weltkonstruktion hervorbringen« (Weller 2003: 113). Aus dieser Perspektive ist es möglich, wie Bonß (1983: 60) fordert, den »Begriff des Empirischen selbst zum Problem« zu machen: Die Empirie ist nicht unabhängig von den Forschenden zu sehen. Sie ist eine konstruierte Wirklichkeit, die immer auch subjektabhängig ist (Bonß 1983: 60).

Die grundsätzliche Ontologie verbunden mit den epistemologischen Setzungen reicht jedoch für eine Kritische Theorie noch nicht aus. Es fehlen der emanzipatorische Referenzpunkt und ein dezidierter Kritikbegriff, um eine noch kritischere Forschung zu realisieren.

2.3.4 Kritikbegriff und normative Dimension

Eng verwoben mit Ontologie und Epistemologie ist unweigerlich eine solche normative Dimension. Sie macht in einer Theorie Aussagen darüber, was »sein soll« (Schieder 2018: 42). Dass eine Theorie, die explizit der Kritik verpflichtet sein soll, auch immer eine »Anleitung zum Handeln« (Spindler/Schieder 2010: 26) mitliefern muss, ist offensichtlich. Auch hinsichtlich dieser Dimension ist eine Auseinandersetzung relevant.

Kritik ist allgemein gesprochen eine Handlungsweise, »[...] die darin besteht, zu beschreiben, zu interpretieren, zu erklären und zu bewerten« (Anderl/Wallmeier 2018: 68). Der Kritikbegriff, der dies zu leisten und die oben beschriebenen Anforderungen zu erfüllen vermag, ist dezidiert in der Kritischen Theorie angesiedelt. Innerhalb der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule lassen sich nach Ludwig (2013: 32) drei Generationen und Entwicklungslinien unterscheiden: die ältere Kritische Theorie mit den bekannten Namen Horkheimer, Adorno, Marcuse und vielen weiteren Vertreter*innen mit dem kritischen Blick auf die Produktionsverhältnisse in der Nachfolge von Marx; die durch die kommunikationstheoretische Wende von Habermas (vgl. Habermas 2014) geprägte mittlere Kritische Theorie und die jüngere, aber theoretisch sehr diverse Kritische Theorie. Folgerichtig unterteilt Humrich (2010: 462) das theoretische Programm der Frankfurter Schule grob in ein produktionistisches und ein kommunikatives Paradigma.

Der hier verwendete Kritikbegriff verortet sich im kommunikativen Paradigma und steht in der Tradition von Habermas' kritischer Gesellschaftstheorie, geht aber darüber

hinaus. Die Kritische Theorie wird hier verstanden als »[...] Verbindung philosophischer und sozialwissenschaftlicher Reflexion mit emanzipatorischem Interesse [...]« (Forst 2015a: 9). Diese Reflexion bezieht sich auf Fragen einer gerechten gesellschaftlichen Ordnung, richtet also die Kritik an die Herrschaftsverhältnisse und Exklusionssysteme und fragt nach der Überwindung dieser Zustände (Forst 2015a: 9f.). Der darunterliegende Kritikbegriff hat eine diskurstheoretische und genealogische Stoßrichtung (vgl. Forst 2011: 20): Kritik wird rechtfertigungstheoretisch fundiert – Rechtfertigungen werden zum zentralen Kern der Theorie und somit zum Anker der Kritik. Sie zielt also auf die politischen und sozialen Beziehungen, die nicht zu rechtfertigen sind (Forst 2011: 131). Mit eingeschlossen in die kritische Analyse sind dabei natürlich auch die ökonomischen und kulturellen Verhältnisse, denn nach Forst (2009: 207) sind Fragen der Produktionsverhältnisse oder der Verteilung der globalen Güter immer auch politischer Natur. Die Akteure der Global IR müssen also ihre jeweiligen Forderungen diskursiv in entsprechenden Rechtfertigungsdiskursen festlegen. Der Blick der Kritik richtet sich dabei auf die grundlegende Frage, ob die Akteure als Freie und Gleiche am Rechtfertigungsprozess beteiligt wurden und ob die Rechtfertigungen an sich reziprok-allgemein zu rechtfertigen sind. So können die Rechtfertigungen von Exklusionsmechanismen und Herrschaftsverhältnissen hinterfragt werden, indem die dominierenden Rechtfertigungsnarrative rekonstruiert und der Kritik unterzogen werden (vgl. Forst 2015a: 31).

Damit ist der Kritikbegriff nahe am oben diskutierten poststrukturalistischen Forschungsprogramm. Jedoch explizieren, wie oben beschrieben, poststrukturalistische Kritiker*innen ihre normativen Kriterien ihren Adressaten gegenüber nicht (Iser 2011b: 72). Hofius et al. (2014b) haben daher aus gutem Grund auf die Probleme einer solchen poststrukturalistischen Vorgehensweise hingewiesen, greifen in ihrer eigenen Bewertung aber zu kurz. In ihrer Analyse des vielstimmigen Protests der Femenbewegung kommen sie zu dem Ergebnis, dass »[...] keine einheitliche, geschweige denn abschließende normative Bewertung [...]« (Hofius et al. 2014b: 100) möglich sei. Die Femenbewegung sei zu vielfältig und zu dynamisch, man könne daher weder eine Subjektposition über die jeweils andere stellen noch eine bestimmte Position als die bessere oder gute darstellen (Hofius et al. 2014b: 100). Dies ist die Konsequenz des im Gesellschaftsansatz nach Wiener (2009b) inkludierten *meaning in use*, welches Emanzipation durch die Anerkennung der Diversität befördern soll (Hofius et al. 2014b: 89f.). Aus Sicht einer Kritischen Theorie liegt hier kritisches Potenzial, das es wahrzunehmen gilt: Es wird zwar richtigerweise die *Agency* der Akteure anerkannt, aber es bleibt bei einer rein empirischen Offenlegung, die dann zwar der Öffentlichkeit in Form von Forschungsergebnissen zugänglich gemacht werden kann. Emanzipatorische Kraft kann sich so entfalten, aber eine explizite und theoretisch verankerte Kritik ist aufgrund eines fehlenden Referenzpunktes nicht möglich. Daher muss das hier verfolgte Kritikverständnis die Maßstäbe der Kritik reflexiv ausbilden können (Forst 2011: 19), um so der ersten Global IR-Dimension gerecht zu werden und nicht auf marginalisierende Prinzipien zurückzugreifen. Wichtig hierbei ist der Begriff des emanzipatorischen Interesses: Nur eine Offenlegung der Verhältnisse und Exklusionsmechanismen allein reicht nicht aus – ein Referenzpunkt für die Bewertung und Kritik ist inhärenter und eminent wichtiger Bestandteil der Kritischen Theorie. Die Herausforderung ist hierbei

im Sinne von Global IR, einen Referenzpunkt aufzustellen, der gleichzeitig mit dem pluralistischen Universalismus von Global IR vereinbar ist und nicht hegemonial wirkt. Kritisch ist eine Theorie also nur, wenn sie sich ihres Vernunftbegriffs bewusst ist und »[...] diesen auch selbst der Kritik unterwirft« (Forst 2015a: 12). Kritik sollte immanent und transzendent zugleich sein. Es ist unzureichend, nur immanent die bestehenden Normen zu kritisieren, wie Anderl/Wallmeier (2018: 80ff.) fordern³. Kritik sollte sich natürlich am global vorhandenen Faktischen abarbeiten, ohne sich jedoch die Maßstäbe dieser Kritik von der bestehenden normativen Ordnung diktieren zu lassen (vgl. Wallat 2015: 4). Wie sonst soll die aktuelle globale Herrschaftsordnung kritisiert werden? Es ist nur eine schwache Kritik möglich, wenn immanent aus den bestehenden Normen heraus kritisiert wird, denn die Normen sind selbst Teil des globalen normativen Gefüges. Genau sie sollten aber Bestandteil einer radikalen Kritik sein. Vernunft »[...] bezieht sich stets kontextuell und rekursiv auf das, was als gerechtfertigt gilt und gelten darf. Dazwischen liegt der Raum der Kritik, der auch zur Utopie hin geöffnet werden darf« (Forst 2015a: 13). Eine Kritische Theorie der globalen Anerkennung muss sich in die Nachfolge von Adorno (1997: 183) stellen, der in diesem Kontext zu bedenken gibt:

»Immanente Kritik hat ihre Grenze daran, daß schließlich das Gesetz des Immanenz-
sammenhangs eins ist mit der Verblendung, die zu durchschlagen wäre.«

Diese Verblendung lässt sich in folgendem, kurz angerissenem Beispiel skizzieren. Reicht es aus, wenn man beispielsweise in der globalen Klimagovernance nur die divergierenden Positionen, Machtverhältnisse und Anfechtungen der westlichen Akteure und der Akteure des Globalen Südens hinsichtlich der grundlegenden Norm *Common but differentiated Responsibility (CBDR)* empirisch offenlegt? Indien ist ein Schlüsselakteur in der Klimagovernance, der in Verhandlungen immer wieder den Bezug auf die in der Klimagovernance grundlegende Norm *Common but differentiated Responsibility (CBDR)* vornimmt, um weitere Verschärfungen der *Mitigation*-Zielsetzungen zu verhindern, damit sie ihre wirtschaftlichen Entwicklungen nicht gefährden, werden im Sinne der normativen Ambiguität auf eine Stufe mit Staaten der sogenannten *Alliance of Small Island States (AOSIS)* gestellt, die im Rückgriff auf CBDR immer wieder für größere Emissionsreduktionen seitens der Industrieländer und auch der Schwellenländer kämpfen (vgl. Betzold et al. 2012). An diesem Punkt stellt sich die Frage: Sind die Kontestationen Indiens ebenso gerechtfertigt wie die der Inselstaaten, die um die Beachtung des Schutzes ihrer Lebensgrundlage kämpfen? Die Kontestation der CBDR bezogen auf den kulturellen Kontext ist nur ein Schritt, hier stehenzubleiben, bedeutet im Sinne Adornos die Verblendung nicht komplett durchzuschlagen: Ein kritischer Blick, der die Akteure nur hinsichtlich immanent kontingenter Normen und normativer Praktiken analysiert, reicht nicht aus. Es fehlt eine transzenderende, nicht nur immanent

3 In ihrem »Plädoyer für immanente Kritik« unterteilen Anderl/Wallmeier (2018: 73) die Ansätze der Weltpolitikforschung in drei Modi der Kritik: (1) Interne Kritik, (2) externe Kritik und (3) immanente Kritik. Mit dieser Einteilung unterschlagen Sie jedoch einen weiteren Modus, den der transzenden und zugleich immanenten Kritik. Diese Form der Kritik ist weder eine externe noch eine interne, sondern ein eigener Modus (vgl. Anderl/Wallmeier 2018).

fundierte Vernunft, die als rationaler Bewertungsmaßstab dient, um die Positionen als Wissenschaftler*innen zu reflektieren und zu kritisieren. Denn Normen beziehen sich auf normativ wünschenswert erachtete Sollensätze (Deitelhoff 2006: 37). Aber »[...] woraus soll der Sollenscharakter von Normen anders bestehen als aus dem Anspruch, gerechtfertigt zu sein [...]?« (Forst 2016).

Mit einem solchen Vernunftbegriff als Referenzpunkt für die Kritik lässt sich dieser Kritikbegriff klar im kommunikativen Paradigma der Frankfurter Schule verorten. Er grenzt sich ab von den rein postrealistischen und postpositivistischen Ansätzen der Internationalen Beziehungen, die im angelsächsischen Raum unter »critical theory« gefasst werden (Humrich 2010: 462) oder als »Critical International Relations« (vgl. Scherer 1994) vermengt werden. Auch innerhalb der Frankfurter Schule hebt sich dieser Kritikbegriff beispielsweise von Honneth und Jaeggi ab, die Kritik aus den bestehenden und den daraus folgenden normativen Ansprüchen konstituiert sehen möchten (vgl. Forst 2015a: 14; Wallat 2015: 6).